

Absage an den Kommunalverbund

Ausschuss empfiehlt, einer Kooperation grundsätzlich nicht zuzustimmen / Politiker stellen Nutzen in Frage

VON TINA HAYESSEN

Achim. Die Stimmung ist schlecht. Was bringt der Kommunalverbund der Stadt Achim? Auf diese Frage scheinen immer weniger Lokalpolitiker eine zufriedenstellende Antwort zu finden. Das zeigte sich deutlich in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr. Hier suchte der Kommunalverbund Niedersachsen Bremen nach Zustimmung für einen kooperativen Regionalplan – und fand sie kaum. Nur drei Politiker votierten dafür. Zuvor kritisierten Ratsleute die mangelnde Konsequenz in Streitfragen und stellten den alltäglichen Nutzen des Kommunalverbundes mehrfach in Frage.

„Was passiert, wenn sich einer nicht dran hält?“, wiederholte Susanne Krebs

die Frage von Axel Eggers (Die Grünen) in ihren eigenen Worten. Die Geschäftsführerin des Kommunalverbundes hatte aber so recht keine Antwort parat. „Das ist schwierig“, hielt sie fest. Krebs war in den Ausschuss gekommen, um den Grundsatzbeschluss zur kooperativen Regionalentwicklung vorzustellen. Das ist ein auf 27 Seiten zusammengefasster Plan dazu, wie sich der Kommunalverbund die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren vorstellt.

Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. wiederum ist ein Zusammenschluss von aktuell 27 Kommunen in der Region Bremen. Größtes Mitglied ist die Stadt Bremen mit 547 000 Einwohnern, kleinstes Mitglied die Gemeinde Dötlingen im Landkreis Oldenburg mit 6000 Einwohnern. Im Gebiet des Kommunalverbundes leben etwa eine Million Menschen. Weil es

so viele Überschneidungen bei Themen wie Verkehr, Medizin, Wirtschaft und Kultur gibt, sollen sie im Verbund zusammenarbeiten – Erfahrungen austauschen etwa oder Streitigkeiten klären. Letzteres klappt allerdings nicht immer, wie auch im Ausschuss beklagt wurde. WGA-Ratsherr Wolfgang Heckel fragte zum Beispiel nach „einem kleinen Möbelhaus in Posthausen“. Er wollte wissen, was der Kommunalverbund tun könne, um Achim vor dem noch immer wachsenden Einkaufszentrum Dudenhof zu schützen – beziehungsweise vor den Folgen des Wachstums für die Achimer Innenstadt.

Detaillierte Antworten gab es nicht so richtig. Krebs verwies auf die Rolle des Verbunds als Moderator bei Streitigkeiten oder als Mittelstelle zwischen Zuständigkeiten. Etwa bei der Frage, wie das im

Grundsatzbeschluss aufgetauchte Thema der medizinischen Versorgung genau angegangen werde. „Da sind natürlich die Länder verantwortlich, aber was wir tun können, ist mit den Ländern reden. Wir können eine Plattform sein.“ Man arbeite im Kommunalverbund bewusst nicht mit Strafen, sondern versuche, Konsens zu erreichen. „Die Zusammenarbeit verbessert sich behutsam“, fasste Krebs zusammen.

Petra Geisler (SPD) sowie Parteikollege und Ratsvorsitzender Hans-Jürgen Wächter votierten zunächst als einzige dafür, dem Grundsatzbeschluss zuzustimmen. Zuletzt hob auch eilig noch der Ausschussvorsitzende Werner Meinken (ebenfalls SPD) die Hand und erhöhte damit auf drei Stimmen. Mit sechs Gegenstimmen waren die Kommunalverbundskritiker aber deutlich in der Mehrheit.